

8. / VII. 1912.

# Die Schule für Hochbegabte.

Auß der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Im Mittelpunkt der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung stand die großzügige Schulvorlage des Magistrats, über die bereits mehrfach berichtet wurde. Im allgemeinen wurde sie verbittertermaßen als eine vortreffliche Arbeit des Stadtschulrats Dr. Reimann begrüßt. Sie wird voraussichtlich in der Ausschußberatung nicht sehr stark verändert werden, und Berlin wird nach ihrer Annahme eine ganz besondere Versuchsschule für Hochbegabte besitzen.

Dr. Weiz als Wortführer der Sozialdemokratie rühmte der Vorlage gegenüber die Einheitschule, von der er sich den Aufstieg des ganzen Volkes versprach. Es ist das Ansichtssache: die einen wollen die Schule lediglich nach pädagogischen Gesichtspunkten aufgebaut wissen, die anderen nach sozialen. Die ersten verlangen bei der Einheitschule erst den Nachweis, daß durch sie — wie man sie sich immer denken mag — die Entwicklung der Volksschulen und der höheren Schulen nicht leiden wird — die anderen wollen ihren Grundsatz verfolgen, selbst wenn derartige Rücksichten dabei fallen sollten.

Die Forderungen Dr. Weiz (Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Gewährung von Beihilfen für arme Schüler, ja auch für die Eltern wegen des entgehenden Arbeitsverdienstes der Kinder) dürften selbst reichen Gemeinwesen wie Berlin, Schöpfungen, die in dieser Richtung liegen, unmöglich machen. Einzelne nicht grundsätzliche Anstände der sozialdemokratischen Fraktion sagte Dr. Reimann ausdrücklich zu, im Ausschuß noch einmal durchprüfen lassen zu wollen.

Der zweite Punkt, der fast sämtlichen Rednern Anlaß zur Bemerkung gab, war die Belassung der Vorschule an dem nach dem Kurischen Platz verlegten Sophiengymnasium. Auch hier handelt es sich um ein grundsätzliches außerpädagogisches Bedenken: man glaubt, daß die Vorschule Ständeschulen sind und daß ihre Aufhebung die Annäherung der verschiedenen Berufsclassen zuwege bringen würde. In der „Vossischen Zeitung“ ist das Für und Wider dieser Frage vielfach behandelt worden: es wird darauf ankommen, ob man glaubt, daß in dem jugendlichen Alter bis zu zehn Jahren eine Beeinflussung des ganzen Lebens eintreten kann. Auch diese Frage ist also Glaubenssache.

Nur eine Begründung sollte aus der Erörterung verschwinden: die Vorschulgegner sollten nicht behaupten, daß die Vorschule aus Ständesrücksichten geschaffen worden ist; sie ist hervorgegangen aus der Beobachtung, daß die in die Sexta höherer Schulen eintretenden Schüler einer besonderen Vorbildung, und nicht der Gemeindeforschulvorbildung bedürften. Die Zeit wird lehren, ob Gemeindeforschüler nach dreijährigem Besuch der Schule und nach einem Ergänzungskursus imstande sind, den Sexta-Unterricht mit Erfolg zu besuchen.

Hi.

Vorsteherstellvertreter Cassel gedenkt zunächst in warmen Worten des verstorbenen Stadtverordneten Goldschmidt, so wie des im Alter von 94 Jahren gestorbenen Herrn Schacko.

Ferner legt der Magistrat der Versammlung die neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen und den Gefahrenrentarif der städtischen Feuerzoesietät vor, die nach eingehenden Beratungen in der Deputation fertig gestellt, den beteiligten Interessentengruppen zur Aeußerung mitgeteilt und vom Magistrat genehmigt worden sind.

Stadtverordneter Bissing (Fr. Fr.) beintragt, die Versicherungsbedingungen an einen Ausschuß zu verweisen. Stadtverordneter Dr. Rosenfeld (Soz.): Wir sollten hier nicht nur die Interessen der Hauswirte vertreten, zumal sie jetzt sogar dazu übergehen, die Mieten zu erhöhen.

Stadtverordneter Zahn (L.) erklärt, nur ein kleiner Verein im Norden habe den Versuch gemacht, seinen Mitgliedern Mieterhöhungen zu empfehlen.

Stadtverordneter Rosenfeld (Soz.) stellt fest, daß das Bestreben der Hausbesitzer, Mieterhöhungen durchzusetzen, teilweise von Erfolg begleitet gewesen ist.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag auf nochmalige Ausschußberatung des § 17 abgelehnt, die Magistratsvorlage da-

zu angenommen. Die Versicherungsbedingungen werden einem Ausschuß überwiesen.

Es folgt die schon bekannte Vorlage betr. Aenderungen im höheren Schulwesen für die männliche Jugend.

Der Magistrat ersucht um folgende Beschlußfassung: „Die Zustimmung der königlichen Aufsichtsbehörde vorausgesetzt, wird

1. das Sophien-Gymnasium in den Nordosten an den Kurischen Platz verlegt und zunächst in Mieträumen untergebracht; im alten Gebäude eine Oberrealschule errichtet,
2. am Wedding eine neue Oberrealschule errichtet,
3. das Köllnische Gymnasium in eine Schule für besonders befähigte Gemeindeforschüler umgewandelt,
4. das Friedrichs-Gymnasium in eine einzügige Anstalt umgewandelt und in seinen Räumen eine verkürzte Realschule errichtet.

Stadt. Cassel beantragt, die Vorlage dem Ausschuß zu überweisen, der bereits die Mädchenschulreform berät. Wir halten die Vorschulen für überflüssig. Es ist viel besser, wenn die Kinder aller Stände den ersten Unterricht in der allgemeinen Volksschule erhalten. Das wird auch zur Hebung der Volksschulen selbst führen. Der Magistrat sollte mit den Vororten in Verhandlungen treten, ob sie diesen sozialpolitischen Fortschritt nicht mitmachen wollen. Die Einheitlichkeit der Erziehung wird durch diese Vorlagen in erfreulichster Weise gefördert. (Lebhafter Beifall.)

Stadt. Dr. Weiz (Soz.): Wir erkennen an, daß die Vorlage in der Richtung des Zieles des Aufstieges der Begabten liegt, freilich hier mehr der Ueberbegabten, während die Gesellschaft das Hauptinteresse an der Hebung der Massen hat. Uns erscheint daher die Einheitschule als die Grundlage der gesamten Volksbildung. Die Vorlage hat im Magistrat eine Verböserung erfahren, gerade in sozialer Beziehung. Sehr kleinlich und engherzig ist die Vorschrift, daß lediglich bei den Freischülern die „Würdigkeit“ geprüft werden soll. Dieser Begriff ist lauschulartig. Unerhört ist das Verlangen, daß bei der Aufnahme der Freischüler und derrer die Schulgeld bezahlen, ein Unterschied gemacht werden soll.

Stadt. Dr. Knauer (Fr.): die neue Vorlage macht der Schaffensfreudigkeit und dem Arbeitseifer des neuen Stadtschulrats alle Ehre. Erwägungswert wäre die Frage, ob Berlin nicht auch dazu übergehen sollte, ein Reformgymnasium zu errichten. Schwierig wird die Auswahl der Schüler hierfür sein, und ebenso die Auswahl des Lehrpersonals. Die Prüfung auf gesittetes Wesen darf sich nicht nur auf die Freischüler beschränken, sie muß auch bei den Schülern stattfinden, die Schulgeld bezahlen. — Die Roempler-Realschule sollte einen Oberbau erhalten, der begabten Volksschülern den Uebergang in das Seminar ermöglicht.

Stadtschulrat Dr. Reimann bestreitet, daß die Vorschule als Bildungshemmnis wirkt. Die Verhandlungen mit den Vororten darüber werden kaum zum Erfolg führen. Daß die Prüfung der Würdigkeit zur politischen Niederheit führen könnte, ist ausgeschlossen. Die Frage des Reformgymnasiums soll erneut geprüft werden.

Nach weiterer kurzer Aussprache geht die Vorlage an den Ausschuß, der die Mädchenschulreform berät.

## Begabtenschulen in Schöneberg?

Die fortschrittliche Fraktion der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage zur Erlangung von Berechtigungen für die Mittelschule und zur Erleichterung des Uebergangs der Mittelschüler an höhere Lehranstalten. Auch soll der Magistrat versuchen, in Anlehnung an die Berliner Förderungsversuche für Volksschüler ähnliche Einrichtungen zu treffen. — Vielleicht sollte man erst die Erfolge der Berliner Versuche abwarten, ehe man einen Weg beschreitet, der nur auf Berliner Verhältnisse zugeschnitten erscheint.